



*Ausgabe: April 2019*

## **Demokratie-Newsletter**

Der Lehrstuhl für öffentliches Recht, Verfassungsgeschichte sowie Staats- und Rechtsphilosophie an der Universität Zürich von Professor Kley gibt monatlich einen Demokratie-Newsletter heraus. Der Newsletter beinhaltet eine Auswahl der wichtigsten Meldungen, Mitteilungen, Entscheidungen und Urteile im Bereich der Demokratie und der politischen Rechte – in der Schweiz, in Europa und der Welt. Wir achten dabei, dass auch wichtige und ausserordentlich aktuelle Themen aus den Bereichen Föderalismus, Politik, Staats- und Rechtsphilosophie sowie aktuelle Fragen aus dem öffentlich-rechtlichen Verfahrensrecht aufgeführt werden.

|  |   |
|--|---|
| 1. Allgemeines zum Thema «Demokratie» .....                                  | 2 |
| 2. Initiativen, Referenden und Gesetzesänderungen .....                      | 2 |
| 3. Gerichtsurteile .....   | 3 |
| 3.1 <i>Bundesgericht</i> .....   | 3 |
| 3.2 <i>Kantonale Entscheide</i> .....  | 3 |
| 3.3 <i>Unabhängige Beschwerdeinstanz für Radio und Fernsehen (UBI)</i> ..... | 5 |
| 3.4 <i>International</i> .....   | 5 |
| 4. Neue Volksinitiativen .....   | 5 |
| 5. International .....   | 7 |
| 6. Publikationen .....   | 8 |
| 7. Veranstaltungshinweis .....   | 9 |
| 8. Dokumentation und Kontakt .....   | 9 |

## 1. Allgemeines zum Thema «Demokratie»

NZZ 02.04.2019, Nr. 77, S. 12  
Regulierung und Akzeptanz – Die Demokratie droht sich selber zu überfordern (Gastkommentar von Christoph Knill, Christian Adam, Steffen Hurka und Yves Steinebach). ([Link](#))

NZZ 10.04.2019, Nr. 84, S. 18 f.  
«Abstimmungsflut in den Städten» – Ermüdende Demokratie? (Gastkommentar von Martina Flick Witzig und Adrian Vatter). ([Link](#))

NZZ 17.04.2019, Nr. 90, S. 10  
Der demokratische Durchbruch – Volksinitiative, Referendum, Volkswahl des Regierungsrats: Mit der Annahme der neuen Kantonsverfassung am 18. April 1869 stellen die Zürcher Stimmberechtigten den Aufbau des Staates auf den Kopf. ([Link](#))

NZZ 24.04.2019, Nr. 94, S. 41  
Zwischen Demokratie und Aristokratie – Es heisst, in westlichen Demokratien gebe es echte Gewaltenteilung zwischen Legislative, Exekutive und Judikative. Aber stimmt das so? (Michael Wolffsohn). ([Link](#))

NZZ 29.04.2019, Nr. 98, S. 9  
Online-Plattformen werden zum Brutkasten der Demokratie – Die elektronische Unterschriftensammlung fordert die etablierten Parteien heraus. ([Link](#))

## 2. Initiativen, Referenden und Gesetzesänderungen

NZZ 09.04.2019, Nr. 83, S 10  
Psychotherapie-Petition – Schlechtere Versorgung zu höheren Kosten (Gastkommentar von Erich Seifritz). ([Link](#))



09.04.2019, Nr. 83, S 6  
Rentenalter 65 provoziert Referendumsdrohung – Die SP macht mobil gegen die Reformabsichten ihres Bundesrats Berset.

**WELTWOCHEN** 11.04.2019, Nr. 15, S. 40 ff.  
Harmonie der Gegensätze – Ist die Verknüpfung von Steuerreform und AHV-Finanzierung ein staatspolitisches Schwerverbrechen? (Von Andreas Kley). ([Link](#))

NZZ 15.04.2019, Nr. 88, S. 9  
Die Sommerzeit soll gestrichen werden – Hornkuh-Initiant Capaul kämpft mit SVPLern gegen Zeitumstellung. ([NZZ-Archiv](#))

### 3. Gerichtsurteile

#### 3.1 Bundesgericht



*Urteil des Bundesgerichts vom 29. Oktober 2018 ([BGE 145 I 1](#))<sup>1</sup>*

Beschwerden gegen die Eidgenössische Volksabstimmung vom 10. Juni 2018 über das Bundesgesetz über Geldspiele: Das Bundesgericht weist die Beschwerden der Piratenpartei im Zusammenhang mit der Abstimmung über das Geldspielgesetz ab. Die im Vorfeld der Abstimmung vom vergangenen 10. Juni erfolgten behördlichen Interventionen haben die Abstimmungsfreiheit nicht verletzt.



*Urteil des Bundesgerichts vom 12. März 2019 ([1C 247/2018 und 1C 248/2018](#))*

Politische Rechte – Kantonale Volksabstimmung vom 10. Juni 2018. Mit Eingabe vom 22. Mai 2018 an den Regierungsrat des Kantons Schaffhausen beanstandete Claudio Kuster verschiedene private und behördliche Handlungen im Hinblick auf die kantonalen Volksabstimmungen sowie auf die kommunale Volksabstimmung über die geplante Zusammenführung der beiden Verkehrsbetriebe (VBSH und RVSH). Das Bundesgericht weist die Beschwerde ab, soweit sie nicht gegenstandslos geworden sind.



*Urteil des Bundesgerichts vom 10. April 2019 ([1C\\_315/2018](#), [1C\\_316/2019](#), [1C\\_329/2017](#), [1C\\_331/2018](#), [1C\\_335/2018](#), [1C\\_337/2018](#), [1C\\_338/2018](#), [1C\\_339/2018](#), [1C\\_347/2018](#))<sup>2</sup>*

Das Bundesgericht hebt die Abstimmung von 2016 über die Volksinitiative «Für Ehe und Familie – gegen die Heiratsstrafe» auf. Die unvollständigen und intransparenten Informationen des Bundesrates haben die Abstimmungsfreiheit der Stimmberechtigten verletzt. Angesichts der knappen Ablehnung der Vorlage und der Schwere der Unregelmässigkeiten ist es möglich, dass das Abstimmungsergebnis anders hätte ausfallen können.

([Medienmitteilung](#)) ([Bundesrat](#))

#### 3.2 Kantonale Entscheide



*Entscheid des Verwaltungsgesellschafts St. Gallen vom 20. Juli 2018 ([B 2017/29](#))<sup>3</sup>*

Das Stadtparlament Wil SG nahm am 11. Februar 2016 einen Nachtrag zum Schulvertrag an. Am 25. Februar erhoben die Beschwerdeführer eine Abstimmungsbeschwerde, auf die das Departement des Innern nicht eintrat. Das Verwaltungsgesellschaftsgericht bestätigt zwar das Nichteintreten der Vorinstanz wegen Nichteinhaltens der 14-tägigen Beschwerdefrist gem. Art. 164 GG. Heisst die Beschwerde dennoch teilweise gut, weil die Vorinstanz gem. Art. 163 GG im Rahmen ihrer Verpflichtung zur Rechtsanwendung von Amtes wegen die Beschwerde entgegennehmen und prüfen hätte müssen.

<sup>1</sup> Urteil 1C\_163/2018 / 1C\_239/2018 vom 29. Oktober 2018. Vgl. dazu auch Newsletter 2018/11.

<sup>2</sup> Vgl. auch TA vom 11.04.2019, Nr. 85, S. 1, S. 2 f.; NZZ vom 11.04.2019, Nr. 85, S. 11, S. 13.

<sup>3</sup> Berichtigung vom 13. August 2018.



*Entscheidung des Verwaltungsgerichts Bern vom 12. März 2019 ([100.2018.330U](#))*

Die Einwohnergemeinde Port (BE) entschied in einer Urnenabstimmung, Geld aus den Reserven der Spezialfinanzierung «Elektrizitätsversorgung» in ihr Eigenkapital zu verschieben. Gegen diesen Entscheid erhob A. Beschwerde. Das Berner Verwaltungsgericht weist die Beschwerde ab, soweit es darauf eintritt.



*Entscheidung des Kantonsgerichts Jura (verfassungsrechtliche Abteilung) vom 26. März 2019 ([CST 1 et 2 / 2019](#))*

Am 9. Januar 2019 wurde im Amtsblatt die Änderung von Art. 217i des Jurassischen Steuergesetzes (LI) vom 19. Dezember 2018 veröffentlicht. Der Beschwerdeführer verlangte die Gesetzesänderung sei aufzuheben, da sie gegen die Verfassung verstosse. Das Gericht sieht kein übergeordnetes Recht verletzt und weist die Beschwerde ab.



*Entscheidung des Kantonsgerichts Genf (verfassungsrechtliche Kammer) vom 14. Februar 2019 ([A/1296/2018](#)) und ([A/1298/2018](#))*

Der Besitzer wollte das Gebäude «Plaza» abreißen und bekam dafür die entsprechende Bewilligung der Behörden. Ein Komitee lancierte darauf eine kantonale Gesetzesinitiative<sup>4</sup> zum Erhalt des Gebäudes und zur Enteignung des Besitzers. Der Genfer Staatsrat erklärte die Initiative aufgrund eines Verstosses gegen übergeordnetes Recht für ungültig. Das Bundesgericht weist die dagegen erhobenen Beschwerden von A. und des Initiativkomitees ab.



*Entscheidung des Kantonsgerichts Genf (verfassungsrechtliche Kammer) vom 11. März 2019 ([A/514/2019](#))*

Im November 2017 lancierte ein Komitee eine kantonale Gesetzesinitiative zur Eindämmung der Krankenkassenprämien.<sup>5</sup> Der Genfer Staatsrat erklärte die Initiative gültig und bereitete einen Gegenvorschlag vor, der vom Parlament verabschiedet wurde. Die Beschwerdeführer rügten, dass der Gegenentwurf in letzter Minute geändert worden und die Frist zur Stellungnahme zu kurz gewesen sei. Das Gericht weist die Beschwerde ab.<sup>6</sup>



*Entscheidung des Kantonsgerichts Genf (verfassungsrechtliche Kammer) vom 25. März 2019 ([A/476/2019](#)) und ([A/499/2019](#))*

Um die Genfer Personalvorsorge (CPGE) wieder in das finanzielle Gleichgewicht zu bringen, kam es zu zwei sich widersprechenden Vorlagen (Loi 12404 und Loi 12228), die beide vom Grossen Rat angenommen wurden.<sup>7</sup> Gegen

<sup>4</sup> Initiative 166: «Le Plaza ne doit pas mourir».

<sup>5</sup> Initiative 170: «Pour des primes d'assurance-maladie plafonnées à 10% du revenu du ménage!».

<sup>6</sup> Dies hat zur Folge, dass die Initiative 170 und der Gegenvorschlag am 19. Mai 2019 zur Abstimmung kommen.

<sup>7</sup> Am 14. Dezember 2018 um 15:47 Uhr wurde das Loi 12228 angenommen (52 Ja zu 47 Nein, bei 0 Enthaltungen). Um 16:55 Uhr gleichentags nahm der Rat das Loi 12404 an (47 Ja zu 37 Nein, bei 14 Enthaltungen). Loi 12228 übernahm die Hauptpunkte der Initiative 168: «Sauvegarder les rentes en créant du logement».

beide Vorlagen kamen Referenden zustande. Dies bewegte den Regierungsrat und den Grossen Rat dazu im Eilverfahren eine Gesetzesänderung (Loi 12424) zu verabschieden, die es erlaubt den Stimmberechtigten zwei Referenden mit Stichfragen zu unterbreiten.<sup>8</sup> Die Beschwerdeführer machten geltend, das Vorgehen verstosse gegen das Rückwirkungsverbot. Das Gericht weist die Beschwerden von A. und «Ensemble à Gauche» ab.

### 3.3 Unabhängige Beschwerdeinstanz für Radio und Fernsehen (UBI)



*Entscheid vom 14. Dezember 2018 ([b.795](#))*

Im Rahmen der «Tagesschau» strahlte SRF einen Beitrag über die Nationalratsdebatte zum Waffenrecht aus. In einer dagegen erhobenen Populärbeschwerde wurde moniert, der Beitrag weise Fehler auf. Die UBI kam aber zum Schluss, dass die Redaktion korrekt über die wesentlichen Fakten zur Vorgeschichte, zum Inhalt, zu den gegensätzlichen Meinungen sowie zum Ausgang der Nationalratsdebatte informiert hat. Die UBI weist die Beschwerde einstimmig ab.

([Pressemitteilung](#))

### 3.4 International



*Urteil des deutschen Bundesverfassungsgerichts vom 15. April 2019 (2 BvQ 22/19)*

Das Gericht ordnet per einstweiliger Anordnung an, dass Wahlrechtsausschlüsse für Betreute in allen Angelegenheiten und wegen Schuldunfähigkeit untergebrachte Straftäter bei der Europawahl unzulässig sind. Das entsprechende Gesetz darf nicht angewendet werden.<sup>9</sup> Die betroffenen Personen dürfen somit an den Europawahlen am 26. Mai 2019 teilnehmen.

([Pressemitteilung](#))

## 4. Neue Volksinitiativen



*Überblick hängige Volksinitiativen*<sup>10</sup>

- Initiativen im Sammelstadium ([14](#)) (-1)
- In Auszählung ([2](#)) (=)
- Beim Bundesrat hängig ([5](#)) (=)
- Beim Parlament hängig ([6](#)) (+1)
- Abstimmungsreife Volksinitiativen ([1](#)) (+1)

<sup>8</sup> Art. 57 Abs. 2 LEDP und 94 Abs. 2 LEDP.

<sup>9</sup> Tenor: «Bei Anträgen auf Eintragung in das Wählerverzeichnis (§§ 17, 17a Europawahlordnung) sowie bei Einsprüchen und Beschwerden gegen die Richtigkeit oder Vollständigkeit der Wählerverzeichnisse (§ 21 Europawahlordnung) für die neunte Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments am 26. Mai 2019 sind § 6a Absatz 1 Nummer 2 und 3 des Europawahlgesetzes und § 6a Absatz 2 Nr. 1 in Verbindung mit Absatz 1 Nr. 2 und 3 des Europawahlgesetzes nicht anzuwenden.»

<sup>10</sup> Per 30. April 2019.



*Botschaft des Bundesrates vom 15. März 2019*

zur Volksinitiative «Ja zum Verhüllungsverbot» und zum indirekten Gegenvorschlag (Bundesgesetz über die Gesichtsverhüllung)

([BBI 2019 2913](#))

- Bundesbeschluss zur Volksinitiative «Ja zum Verhüllungsverbot» (Entwurf) ([BBI 2019 2951](#))
- Bundesgesetz über die Gesichtsverhüllung (Entwurf) ([BBI 2019 2953](#))



*Verfügung der Bundeskanzlei vom 19. März 2019*

Die Eidgenössische Volksinitiative «Für eine generationengerechte Altersvorsorge (Vorsorge Ja – aber fair)» hat die Vorprüfung überstanden. Die Initiative hat die Form einer allgemeinen Anregung (gem. 139 Abs. 2 BV) und möchte die finanzielle Stabilität der AHV sowie der beruflichen Vorsorge langfristig unter Wahrung der Generationengerechtigkeit sicherstellen.<sup>11</sup> Hierzu stellt sie Richtlinien auf, die zu beachten sind. Die Sammelfrist läuft bis zum 2. Oktober 2020.

([BBI 2019 2679](#))



*Bundesbeschluss vom 22. März 2019*

über die Volksinitiative «Mehr bezahlbare Wohnungen».

([BBI 2019 2583](#))



*Verfügung der Bundeskanzlei vom 26. März 2019*

Die Eidgenössische Volksinitiative «Ja zur Abschaffung der Zeitumstellung» hat die Vorprüfung überstanden. Die Initiative ist ausformuliert und verlangt, die Einführung der ganzjährigen mitteleuropäischen Zeit.<sup>12</sup> Die Sammelfrist läuft bis zum 9. Oktober 2020.

([BBI 2019 2881](#))



*Mitteilung der Bundeskanzlei vom 4. April 2019*

Die Eidgenössische Volksinitiative «Krankenversicherung. Für die Organisationsfreiheit der Kantone» ist aufgrund des Fristablaufs gescheitert.

([BBI 2019 3000](#))



*Verfügung der Bundeskanzlei vom 9. April 2019*

Die Volksinitiative für ein Tier- und Menschenversuchsverbot ist zustande gekommen. Die Prüfung der Unterschriftenlisten durch die Bundeskanzlei hat ergeben, dass von insgesamt 124 277 eingereichten Unterschriften 123 640 gültig sind. Die Initiative verlangt ein Verbot von Tier- und Menschenversuchen.<sup>13</sup> Tierversuche sollen neu grundsätzlich unter Strafe gestellt werden.<sup>14</sup> So soll auch der Handel,

---

<sup>11</sup> BBI 2019 2681.

<sup>12</sup> Art. 125 Abs. 2 erster Satz E-BV.

<sup>13</sup> Art. 80 Abs. 3 erster Satz E-BV.

<sup>14</sup> Art. 80 Abs. 3 zweiter Satz E-BV.

Einfuhr und Ausfuhr von Produkten, für die Tierversuche durchgeführt werden, verboten werden.<sup>15</sup>

([BBI 2019 2997](#)) ([Medienmitteilung](#))



*Verfügung der Bundeskanzlei vom 16. April 2019*

Die Eidgenössische Volksinitiative «Für ein gesundes Klima (Gletscher-Initiative)» hat die Vorprüfung überstanden. Die ausformulierte Initiative möchte, dass Bund und Kantone sich im Inland und im internationalen Verhältnis für die Begrenzung der Risiken und Auswirkungen der Klimaveränderungen einsetzen.<sup>16</sup> Ab 2050 sollen grundsätzlich keine fossilen Brenn- und Treibstoffe mehr in Verkehr gebracht werden.<sup>17</sup> Die Sammelfrist läuft bis am 30. Oktober 2020.

([BBI 2019 3109](#))



*Verfügung der Bundeskanzlei vom 18. April 2019*

Die Eidgenössische Volksinitiative «Organspende fördern – Leben retten» ist zustande kommen. Von insgesamt 112'991 eingereichten Unterschriften sind 112'633 gültig. Die Initiative fordert ein Systemwechsel bei der Organspende vom Zustimmungs- zum Widerspruchsprinzip. Eine Person, die ihre Organe nicht spenden möchte, müsste neu zu Lebzeiten ihre Ablehnung äussern.<sup>18</sup>

([BBI 2019 3115](#)) ([Medienmitteilung](#))

## 5. International

NZZ 03.04.2019, Nr. 78, S. 25

Berliner Klassenkampf um Wohnungen – 30 Jahre nach der Implosion der DDR will eine Initiative Grossvermieter «vergesellschaften». ([Link](#))

NZZ 24.04.2019, Nr. 94, S. 9

War das Referendum in Katalonien eine Rebellion? – In einem Monsterprozess in Madrid will die Anklage beweisen, dass die katalanischen Separatisten ihr illegales Referendum mit Gewalt durchdrückten. ([Link](#))

---

<sup>15</sup> Art. 80 Abs. 3 Bst. b E-BV.

<sup>16</sup> Art. 74a Abs. 1 E-BV.

<sup>17</sup> Art. 74a Abs. 3 E-BV.

<sup>18</sup> Art. 119a Abs. 4 E-BV.

## 6. Publikationen

-  Bundesgerichtsurteil 1C\_528/2017 vom 1. Juni 2018, ZBI 120/2019, S. 192 ff.
-  CORADI CHRISTINA, Max Imboden: Pionier des schweizerischen Staats- und Verwaltungsrechts, AJP 4/2019, S. 470 ff.
-  GLASER ANDREAS/LEHNER IRINA, Moutier, quo vadis? Die Aufhebung der Volksabstimmung über den Kantonswechsel, AJP 4/2019, S. 452 ff.
-  FONTANA KATHARINA, Aktuelle bundesgerichtliche Rechtsprechung, Urteil 1C\_24/2018 vom 12. Februar 2019, SJZ 115/2019, S. 257 f.
-  KELLER ANJA, Die aktuelle Praxis im Staats- und Verwaltungsrecht, Plädoyer 02/2019, S. 52 ff.
-  MARKIĆ LUKA, Urteilsbesprechung, Urteil 1C\_479/2018 vom 31. Januar 2019, AJP 4/2019, S. 475 ff.
-  PARLAMENT, PARLEMENT, PARLAMENTO, Rechte Organisation und Attraktivität von Gemeindeparlamenten, April 2019, Nr. 1. ([Link](#))
-  SCHAUB LUKAS, Formalismus und Abstimmungsbeschwerden: Braucht das Bundesgericht den Gesetzgeber?, ZBI 120/2019, S. 186 ff.
-  STEINMANN GEROLD, Bundesgerichtsurteil 1C\_213/2017 vom 18. Dezember 2017, ZBI 120/2019, S. 198 ff.
-  VORPE SAMUELE, La RFFA e il principio dell'unità della materia, SUPSI Novità fiscali 3/2019, S. 115 ff. ([Link](#))



## 7. Veranstaltungshinweis

Gerne weisen wir Sie auf die folgende Tagung unter der Leitung von Prof. Glaser und Dr. Langer am 10. Mai 2019 hin:

«Das Parlamentswahlrecht als rechtsstaatliche Grundlage der Demokratie»

Weitere Informationen finden Sie im [Flyer](#).

## 8. Dokumentation und Kontakt



Sammlung der Demokratie-Newsletter: [Lehrstuhl Prof. Dr. A. Kley](#)

Newsletter: [An- und Abmeldung](#)

Wir freuen uns über Ihre [Hinweise und Anregungen](#).



Vollständige Artikelsammlung: [Zentralbibliothek Zürich](#)



Urteils- bzw. Entscheidungssammlung des Bundesgerichts:

[Schweizerisches Bundesgericht](#)

### Kontakt:

Felix Schiller, MLaw, LL.M.

Rechtswissenschaftliches Institut

Universität Zürich

[felix.schiller@rwi.uzh.ch](mailto:felix.schiller@rwi.uzh.ch)